

4. Die Barrieren zwischen Regionen, Abteilungen und Eigentumsstrukturen müssen aufgebrochen werden, um die Abschottung der Unternehmenseinheiten zu verhindern. Hierbei sollen die staatlichen Organe und verschiedenen Abteilungen Unterstützung leisten.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verluste von einem Drittel der staatlichen Unternehmen wird der Zusammenschluß zu Unternehmensgruppen als Mittel angesehen, unrentable staatliche Betriebe vor dem Konkurs zu bewahren und Arbeitsplätze zu erhalten. Die offizielle Kritik an den überwiegend bis jetzt nur formal vollzogenen Unternehmenszusammenschlüssen ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß effizient wirtschaftende Unternehmen wenig Interesse haben, mit unrentabel arbeitenden Industriebetrieben eine zu enge Kooperation einzugehen. -schü-

schen Festland). Nachdem er die MJD wiederholt scharf kritisiert hatte, wurde er schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Anfang August 1990 kündigte er die Gründung der SMD an.

Zu der Gründungsfeier der SMD in Taipei kamen Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) und zahlreiche andere GMD-Politiker, während von der MJD keiner zur Gratulation erschien. Nach eigenen Angaben zählt die neue Partei bereits 5.000 Mitglieder und ist damit hinter der GMD mit rd. 2 Millionen und der MJD mit rd. 20.000 Mitgliedern die drittgrößte politische Kraft auf der Insel. Die SMD stützt sich hauptsächlich auf die mittelständischen und kleinen Unternehmer. Einschließlich der SMD sind in Taiwan bislang 54 politische Parteien beim Innenministerium registriert, wenn es auch meist nur kleine Gruppierungen sind. (LHB und CP, 2.3.91; ZYRB, 3.3.91; ZZ, 8.3.91) ni-

Randalierern griffen mit Stöcken und Schwertern Menschen an, die aus anderen chinesischen Provinzen stammten und keinen einheimischen Dialekt oder Japanisch sprachen.

Seinerzeit waren in Taiwan nur vier Bataillone von Regierungstruppen stationiert. So konnte nicht verhindert werden, daß der Aufstand trotz Verhängung des Ausnahmezustandes schnell auf die ganze Insel übergriff. Überall wurden Polizisten die Waffen geraubt, Arsenale geplündert, Rundfunkstationen besetzt, Behörden und Wohnungen von Beamten aus dem chinesischen Festland sowie Läden von Festlandschinesen demoliert. Erst als am 8. März Verstärkungstruppen vom Festland eintrafen, gewannen die Behörden wieder die Oberhand. Am 10. März war die Ordnung in allen Städten wiederhergestellt. Bei der Niederschlagung des Aufstands und auch danach bei der Säuberungsaktion wurden viele Einheimische getötet oder verhaftet. Nach der Regierungsversion waren die Geschehnisse vom 28. Februar eine von den Kommunisten und alten japanischen Kolonialherren geschürte Rebellion. Dagegen bezeichneten die Oppositionellen sie als Widerstand der Insulaner gegen die Unterdrückung und Korruption der Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Nanjing, die Taiwan nach dem 2. Weltkrieg aus japanischer Hand zurückgewonnen hatte.

Zwei Jahre nach dem blutigen Aufstand kehrte die Guomindang-Regierung nach der Niederlage im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten vom chinesischen Festland auf Taiwan zurück. Unter der mit starker Hand gelenkten Herrschaft von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) und dessen Sohn Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo, 1910-1988) war das Thema "28. Februar" ein Tabu. Im Zuge der politischen Liberalisierung nach der Ära der Familie Jiang fanden jedes Jahr bei der Wiederkehr dieses empfindlichen Tages Gedenkversammlungen und Demonstrationen von Oppositionellen statt. Die Regierung wurde aufgefordert, den Tatbestand der Affäre bekanntzugeben. Am 9. März 1988 veröffentlichte sie einen damals kurz nach dem Ereignis von zwei Abgeordneten des Kontroll Yuan abgefaßten Ermittlungsbericht. (Dazu s. C.a. März 1988, Ü 47, S.201 f.)

Taiwan

*(33) Neue oppositionelle Partei gegründet

Eine neue politische Partei unter dem vollen Namen ("Zhonghua Shehui Minzhu Deng" (Chinesische Sozialdemokratische Partei), abgekürzt "Shemin Deng" (SMD), wurde am 1. März gegründet. Der Gründer und Parteivorsitzende ist Zhu Gaozheng (Ju Gau-jing), ein Mitglied des Legislativ Yuan (Parlament). Zhu war auch einer der Gründer der größten Oppositionspartei Minjindang (MJD, Demokratische und Fortschrittliche Partei). Er ist auch derjenige, der 1986 eine radikale Opposition im Parlament mit der "Körpersprache" (d.h. Gewaltanwendung) einleitete. Dadurch bekam er auch den Spitznamen "1. Kriegsschiff" (Touhao Zhanjian) gegen die Regierung. Aber seit etwa einem Jahr hat er eine totale Kehrtwendung vollzogen. Insbesondere in der Chinapolitik steht er der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, GMD) näher als der MJD, ist also für die Aufrechterhaltung der chinesischen Einheit und gegen die Unabhängigkeitsbewegung Taiwans (Verzicht auf die Wiedervereinigung mit dem chinesi-

*(34) Weitere Schritte zur Klärung des blutigen Aufstands am 28. Februar vor 44 Jahren

Am 28. Februar gab es in Taiwan zahlreiche öffentliche Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Volksaufstands Ende Februar/Anfang März 1947, den man das "Ereignis vom 28.2." nennt. Die Affäre, wie allgemein bekannt, wurde durch eine Bagatelle ausgelöst. Am 27. Februar jenes Jahres geriet ein Fahndungsteam von Beamten des Monopolamts für Tabak- und Alkoholwaren bei der Beschlagnahme von geschmuggelten Zigaretten in der Stadt Taipei mit einer Straßenhändlerin in einen handgreiflichen Konflikt, der viele Schaulustige anzog. Als die Frau verletzt wurde, griff die empörte Menge die Beamten an. Im weiteren Verlauf der Geschehnisse zog ein Beamter bei der Flucht in der Verfolgungsjagd der Menge seine Waffe, und ein Passant wurde erschossen. Am folgenden Tag, dem 28. Februar, versammelten sich immer mehr Menschen zum Protest auf der Straße und stürmten ein Polizeirevier und das Büro des Monopolamtes. Als die Menge mittags das Amtsgebäude des Gouverneurs von Taiwan zu stürmen versuchte, eröffnete die Wache das Feuer, wobei wieder mehrere Menschen getötet bzw. verletzt wurden. Bald befand sich die ganze Stadt in Aufruhr. Gruppen von

CHINA aktuell

Im letzten Jahr beauftragte Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) einen seiner Berater, Qiu Chuanghuan (Chiu Chuang-huan), mit der Untersuchung des Ereignisses vom 28. Februar 1947. Auch im Exekutiv Yuan (Kabinett) wurden Anfang d.J. zwei Arbeitsgruppen zur Prüfung bzw. Behandlung dieser historischen Affäre eingerichtet.

Am 28. Februar d.J. nahmen erstmals zahlreiche führende Regierungsmitglieder an einem buddhistischen Gedenkritual für die Opfer der Ereignisse vor 44 Jahren teil. Noch auffallender war, daß Präsident Li am 4. März sieben Vertreter der Familienangehörigen der einheimischen Opfer empfing. Li, der selbst ein einheimischer Politiker ist und damals als Student die Unruhen miterlebt hatte, versprach, einen Bericht der Regierung über den Vorfall vor Ende Januar des kommenden Jahres zu veröffentlichen. Zu den anderen Forderungen seiner Gesprächspartner wie Entschuldigung der Regierung, Schadenersatz und Errichtung von Gedenkstätten für die Opfer soll das Exekutiv Yuan prüfen. Darüber hinaus hat er zugesagt, daß ein Vertreter der Familien der Opfer an der Sonderarbeitsgruppe für die Behandlung des Vorfalls teilnehmen kann. (LHB, ZYRB und CP, 1. und 5.3.91; ZZ, No.92, 8.3.91)

Eine Aufklärung der Vorgänge vor 44 Jahren ist deshalb dringend erforderlich, weil die Kluft zwischen einheimischen Insulanern und den Festländern heute in der öffentlichen Diskussion über die Zukunft Taiwans wieder sichtbar geworden ist. Während die noch immer von den Festländern dominierte Regierung und Regierungspartei die Einheit Chinas festschreiben will, befürwortet die Opposition, die überwiegend aus Einheimischen besteht, den Verzicht auf die chinesische Wiedervereinigung und die Gründung eines von China ganz unabhängigen neuen Staates von Taiwan.

Eine Rehabilitierung des Aufbruchs könnte das Ressentiment der Einheimischen gegenüber den Festländern und der Regierungspartei mindern, allerdings auch andere Probleme mit sich bringen. Neben der Frage der Staatsraison z.B. müßten in diesem Fall wahrscheinlich viele noch lebende Politiker und Beamte, die damals für die Unterdrückung des Aufstands zuständig waren, zur Verantwortung gezogen werden. -ni-

*(35)
Erste Auslandsreise des "jungen Marschalls" Zhang Xueliang nach über 50-jährigem Hausarrest

Nach über 50-jährigem Hausarrest wurde Zhang Xueliang (91), bekannt als "junger Marschall" von Nordostchina (Mandschurei), am 10. März erlaubt, aus Taiwan in die USA zu reisen. (LHB, 10.-11.3.91; ZYRB, 12.-13.3.91) Er hatte 1928 nach dem Tod seines Vaters, dem Warlord "alter Marschall" Zhang Zuolin, achtzehnjährig das Oberkommando der 200.000 Mann starken Armee in Nordostchina übernommen. Im gleichen Jahr erklärte er seine Loyalität gegenüber der Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Nanjing (Nanking); damit war der Nord-Feldzug unter Generalissimus Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) beendet und China wiedervereint.

Am 12. Dezember 1936 hatte Zhang zur Überraschung der Welt in Xi'an, wo seine Armee gegen die chinesischen Kommunisten stationiert war, Jiang Jieshi nach Beendigung einer Militärkonferenz festgenommen und ihn gezwungen, den Bürgerkrieg zu stoppen und gemeinsam mit den Kommunisten gegen die japanische Aggression Widerstand zu leisten. Nach Verhandlungen mit Zhou Enlai als Vertreter der Kommunisten aus Yanan ließ er Jiang wieder frei und begleitete ihn zurück nach Nanjing. Dort wurde er am 1. Januar 1937 vom Obersten Militärgericht zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Jiang begnadigte ihn zwar, stellte ihn aber weiter unter Hausarrest.

Nach dem Tod des Generalissimus konnte sich Zhang in Taiwan zwar freier bewegen, stand aber immer unter Überwachung. Im Mai letzten Jahres zeigte er sich anlässlich einer Feier zu seinem 90-jährigen Geburtstag einer begrenzten Öffentlichkeit. Kürzlich konnten ihn das japanische Fernsehen NHK und die *New York Times* in seiner Wohnung interviewen. Nach seiner Auslandsreise in die USA besteht nun kein Zweifel mehr an seiner Freilassung.

Zhang besuchte seine Verwandten in den USA. Gegenüber Reportern sagte er, daß er auch einen Besuch in seiner Heimat Nordostchina nicht ausschließen möchte. In der VR China gilt der "junge Marschall" als ein Nationalheld, dessen Freilassung die KPCh stets gefordert hat. -ni-

Hongkong und Macau

*(36)
Ergebnis der Bezirkswahlen in Hongkong

Am 3. März fanden in Hongkong Wahlen der Bezirksabgeordneten statt. Es bewarben sich insgesamt 475 Kandidaten für 274 Sitze in 19 Bezirkenräten (District Board). 81 von ihnen wurden als einzige Kandidaten in ihrem Wahlbezirk automatisch gewählt, und zwei Sitze konnten nicht am gleichen Tag gewählt werden. Von diesen abgesehen, kämpften am Wahltag 386 Kandidaten um 191 Sitze. Nur 424.023 der über 1,3 Millionen angemeldeten Wahlberechtigten sind zur Urne gegangen. Die Wahlbeteiligung lag aber mit 32,5% höher als allgemein erwartet und auch höher als bei den Wahlen vor drei Jahren mit 30,3%. Wie in der Vergangenheit betrug die Wahlbeteiligung in den Ballungsgebieten Hongkong und Kowloon mit durchschnittlich 28,8% (1988: 26,1%) weit weniger als in den relativ dünn besiedelten oder entfernten Regionen von New Territories mit 37,6% (38,1%).

Die Bezirksräte sind die niedrigsten Volksvertretungsorgane und haben nur eine Beratungsfunktion. Doch diesmal wurde den Wahlen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, weil sie als Testwahlen für die ersten direkten Wahlen eines Teils der Abgeordneten im Legislativrat (Parlament) der Kolonie dienen. Darüber hinaus haben sich die inzwischen gegründeten politischen Gruppierungen in den Wahlen eingesetzt. Unter den Gewählten zählen 81 zu den demokratischen, 12 zu den linken und 53 zu den konservativen Kräften. Die linke Gewerkschaftsorganisation "Federation of Trade Unions" (Gonglian) sowie die konservative Unternehmensgruppierung "Liberal Democratic Federation" (Ziminlian) haben gute Beziehungen mit Beijing. (DGB, LHB, AWSJ und FT, 5.3.91) -ni-

*(37)
Hongkong: Expansiver Haushaltsplan 1991/92 im Zeichen von Großbauprojekten

Hongkongs Finanzminister (Financial Secretary) Sir Piers Jacobs hat am 6. März dem Legislativrat den Regie-